Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 M. 50 Pf.; durch die Post 3 M.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite (ca. 25 Pfg.); die 2spaltige Zeile als Eingesandt" oder auf Zeitseite 50 Pfg. Bei Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bes. 2spaltige Grundzeile 30, 40 bes. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2996.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden. Altmarkt 2.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

BERNHARD SCHÄFER
7 PRAGER-STR 7
MODERNER SCHMUCK

Photographie-Albums
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Straße 3, Ecke und 1. Etage.
Anhänge- u. Ketten-Taschen

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Nr. 306. Spiegel: Finanzlage im Reiche. König Georg in Leipzig. Evangel. Bund. Handwerkerverein. Kunststickereien. Gerichtsverhandlungen. Damenchor. Lotterieliste. | Muthmaßl. Witterung: Kälter, neblig. | **Mittwoch, 5. November 1902.**

Zur Finanzlage.

Während die Parzen am Schicksal des Zolltarifs weben — Klotho, die schutzzöllnerische Parteipolitik, die den Faden spinnt; Lachesis, die freihändlerische Obstruktion, die seine Länge bestimmt; Atropos, die Regierung, die mit der Scheere bereit steht, um ihn mit einem unerbittlichen „Unannehmbar!" abzuschneiden —, lastet der Finanznoth drückende Sorge auf dem Reiche und den Einzelstaaten. Das bereits mitgetheilte Gesammtergebniß der Reichseinnahmen für die ersten 5 Monate des laufenden Etatsjahres ist mit seinem vielfachen Zurückbleiben der thatsächlichen Einnahmen hinter den Schätzungen des Voranschlages herzlich schlecht zu nennen und enthält in seinem Ausblick auf ein Defizit von 150 Millionen Mark eine ernste Lehre für die nationalen Parteien in der Richtung, sich künftig mit aller Kraft gegen das finanzpolitische Flick- und Stückwerk zu sträuben, das vom Centrum in unsere Finanzgebahrung hineingetragen worden ist. Wie das Centrum auf finanziellem Gebiete „arbeitet", davon giebt gerade der laufende Etat wieder ein klassisches Beispiel. Die verbündeten Regierungen hatten bei der Aufstellung des Etats für 1902 aus wohlangebrachter Rücksicht auf die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten zu einem allerdings etwas radikalen, aber doch gangbaren und wirksamen Auskunftsmittel gegriffen, um die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen nicht zu hoch werden zu lassen, indem sie einen Theil dieser Differenz ausnahmweise durch eine sogenannte Zuschußanleihe gedeckt wissen wollten. Das war ja insofern ein ungewöhnliches Verfahren, als dadurch der budgetäre Grundsatz, daß die Erfordernisse des ordentlichen Etats regelmäßig aus den laufenden Mitteln, nicht aber im Anleihewege aufzubringen sind, durchbrochen worden wäre. Immerhin hätte sich aber für den Reichstag die einmalige Abfindung mit einer solchen Abweichung von der Regel im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse, die auch besondere Maßnahmen gerechtfertigt erscheinen ließen, empfohlen. Statt dessen ritt der Reichstag, aller Warnungen der nationalen Finanzpolitiker ungeachtet, unter Vortritt des Centrums sein doktrinäres Steckenpferd und gerieth damit in eine Sackgasse, wie sich jetzt herausgestellt hat. Allein bei den Zöllen ist nämlich ein bisheriger Mindererertrag von 2 Millionen Mark herausgekommen, während das Centrum mit seiner Gefolgschaft das von der Regierung im Voranschlag auf 7 Millionen Mark für das ganze Jahr geschätzte Weniger gegen den Voretat in ein Mehr von 5 Millionen Mark verwandelt hatte. Die bessere Einsicht ist also dieses Mal ganz entschieden auf Seiten der verbündeten Regierungen gewesen.

Die psychologische Erklärung für die auffällige Erscheinung, daß die doch unter so offenkundigen Mängeln leidende Finanzpolitik des Centrums den gesunden und kräftigen Gedanken einer einheitlichen und umfassenden Reichsfinanzreform hat überwuchern und zurückdrängen können, ist darin zu suchen, daß von jeder Steuerreform im verschärfenden Sinne und ganz besonders von einer so umfassenden steuerpolitischen Reorganisation auf indirekter Grundlage, wie sie mit der Verwirklichung der Reichsfinanzreform unumgänglich verknüpft wäre, das zutreffende Wort eines englischen Staatsmannes gilt: „Steuern auferlegen und beliebt sein, ist ebenso unmöglich, wie verliebt und weise sein." Eben die allgemeine Furcht vor der Unpopularität der mit der Reichsfinanzreform nothwendig verbundenen Steuerprojekte ist es, welche die verfehlte Finanzpolitik des Centrums zu so langen Jahren kommen läßt. Einmal freilich muß auch hierin durch die Logik der Thatsachen selbst Wandel eintreten; denn es ist schlechterdings undenkbar, daß die Reichsfinanzverwaltung auf die Dauer mit den ultramontanen Finanzrezepten „fortwursteln" könnte. Inzwischen aber bleibt der ungesunde Zustand bestehen, daß die Finanzpolitik im Reiche sich in einer völligen Stagnation befindet und jede politische und wirthschaftliche Initiative sowohl auf Seiten der Regierung wie der nationalen Parteien durch die Sorge um die Kostenfrage gelähmt wird. Das ist und bleibt die Achillesferse unseres gesammten politischen Lebens und selbst die glückliche Erledigung des Zolltarifs vermöchte darin nur vorübergehende Besserung zu bringen. Es besteht keinerlei Hoffnung auf gründliche Heilung des Uebels, so lange die Reichsfinanzreform in der Schwebe hängt: diese bittere Erkenntniß werden die Einzelstaaten auf's Neue aus der wenig tröstlichen Aussicht schöpfen, daß ihr finanzielles Verhältniß zum Reiche für 1902 sich noch ungünstiger anlassen wird, als der Etat es darstellt.

Trotz aller zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten sollte man sich indessen im höheren, nationalen Interesse vor allzu großer Schwarzmalerei der deutschen Finanzlage hüten. Der völlig falsche und schiefe Eindruck, der dadurch im Auslande über die allgemeine wirthschaftliche Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches hervorgerufen wird, spiegelt sich in folgenden, offenbar reichlich schadenfroh angehauchten Betrachtungen des Petersburger „Siwet" wieder: „Für Europa ist die Thatsache wichtig, daß der mächtige Bau des Deutschen Reiches unerwarteter Weise seine Risse gezeigt hat. Diese müssen gerade auf dem Gebiete der Finanzen als eine ernste Warnung vor der gierigen und unersättlichen (!) deutschen Politik dienen. Diese Politik war schon einmal die Ursache einer Krisis in der Epoche der maßlosen Finanzunternehmungen zu Anfang der 70er Jahre und führte zu einem finanziellen Zusammenbruch. Auch jetzt ist sie die Ursache einer sich allmählich entwickelnden und von Jedem vorausgesehenen Krisis in den Finanzen des deutschen Bundesstaats geworden. Preußen ist seiner Zeit durch seine Sparsamkeit ein großer und mächtiger Staat geworden, aber die jetzige Weltpolitik, die mit solchen übermäßigen Ausgaben verbunden ist, kann zu einem völlig entgegengesetzten Resultate führen." Man ersieht aus diesem „freundnachbarlichen" Zukunftsbilde des panslavistisch beeinflußten „Siwet" deutlich, wohin es führt und wie unklug es ist, wenn ein Starker seine Schwächen vor aller Welt aufbauscht und übertreibt. Daß wir uns im Uebrigen trotz unserer augenblicklichen finanziellen Nöthe nach wie vor zu den Starken zu rechnen befugt sind, zeigt ein vergleichender Blick auf die pekuniäre Lage der sonstigen führenden Finanzmächte, Rußland, England und Frankreich. Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen bei dem Vergleiche allerdings ausscheiden, weil sie sich infolge ihrer ganz eigenartigen wirthschaftlichen Verhältnisse einer Gunst der Finanzlage erfreuen, die anderwärts wohl unerreichbar ist. Die öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten beträgt nämlich nur knapp 4 Milliarden Mark und vermindert sich fortgesetzt. Dabei strotzen die Staatskassen förmlich von Gold und die Zölle werfen unaufhörlich steigende Einnahmen ab, so daß im letzten Finanzjahr das Budget einen Ueberschuß von 368 Millionen Mark ergab. Hingegen beträgt die russische Staatsschuld rund 16 Milliarden Mark, die englische 14 und die französische gar volle 30 Milliarden, während die öffentliche Schuld des Deutschen Reiches die 3. Milliarde noch nicht erreicht hat. Dabei haben sowohl das englische wie das russische und das französische Budget auch mit ganz erheblichen Fehlbeträgen zu kämpfen, die jeder für sich das deutsche Defizit um einige Hundert Millionen Mark übersteigen. Gleichwohl kann man in der russischen, französischen und englischen Presse nirgends so düstere Unkenrufe hören, wie sie von einem Theile der deutschen Blätter, die der alten eingewurzelten Neigung des deutschen Volkscharakters zu pessimistischen Uebertreibungen ungehindert die Zügel schießen lassen, ausgestoßen werden. Will man in der Kritik der deutschen Finanzgebahrung die richtige Mitte einhalten, so wird man nicht vergessen dürfen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen einer schlechten Lage der Finanzen überhaupt, die in der gänzlichen oder theilweisen Erschöpfung der wirthschaftlichen Kraft des Landes wurzelt, und einer blos vorübergehenden Erschwerung der Balancirung des Budgets besteht. Im Deutschen Reiche, das in seinen beweglichen und unbeweglichen Beständen einen den Betrag der Staatsschuld weit übersteigenden aktiven Vermögenswerth besitzt, handelt es sich in der Hauptsache nur um Etatsschwierigkeiten, die in dem Mangel einer Reichsfinanzreform ihre Ursache haben. Die wirthschaftliche Kraft des Landes aber, auf der die Ergiebigkeit der Finanzen beruht, ist noch völlig ungebrochen und wird nach der Verabschiedung des Zolltarifs neue mächtige Antriebe zur weiteren Entfaltung erhalten. Sie steuerpolitisch noch mehr als bisher nutzbar zu machen, ohne unbillige Belastung der minder tragfähigen Schultern, so daß nach Erledigung der Reichsfinanzreform in irgendeiner Gestalt die jetzigen Hemmnisse bei der Aufstellung des Etats im Reiche verschwinden, ist eine der wichtigsten und dringlichsten nationalen Aufgaben, die in absehbarer Zukunft der Lösung harren.

Neueste Drahtmeldungen vom 4. November.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Präsident Graf Ballestrem macht Mittheilung vom Ableben des Abgeordneten Rickert, „der lange Jahre in unermüdlicher Treue, noch zuletzt am 14. Oktober, sich als Mitglied des Reichstags dessen Arbeiten hingegeben habe und nun in Frieden ruhen möge." Das Haus ehrt das Andenken des Dahingeschiedenen durch Erheben von den Plätzen. — Die Berathung der Zolltarifvorlage und zwar des einerseits von den Sozialdemokraten, andererseits von den Abgeordneten Barth und Brömel beantragten § 1b wird fortgesetzt. Der Bundesrath soll darnach „verpflichtet" bezw. „befugt" sein; die Zölle für eingehende Waaren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waaren von deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe) nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden, als im deutschen Zollgebiet. — Abg. Dr. Paasche (nl.) weist auf die Schwierigkeit einer Lösung der Syndikatsfrage, ohne zugleich den berechtigten Kern des Kartellwesens zu treffen, hin. Es sei doch nur ein anerkennenswerthes Bestreben, wenn den für die Industrie geradezu ruinösen Preisunterbietungen und Ueberproduktionen entgegengewirkt werde, auch sei es unter Umständen berechtigt, Waarenbestände, die auf das Inland drücken, lieber zu billigen Preisen an das Ausland zu geben. Wolle man, um das zu verhüten, den beiden vorliegenden Anträgen gemäß in solchen Fällen die gleichartigen Waaren zollfrei nach Deutschland eingehen lassen, so würde man ja damit einer Ueberschwemmung Deutschlands mit solchen Waaren vom Auslande bei Thür und Thor öffnen. — Abg. Pachnicke (freis. Vrg.) erwidert, daß ja auch die eigenen Fraktionsgenossen des Vorredners den Initiativantrag auf Schaffung einer Reichsaufsicht über die Kartelle mit unterschrieben hätten, darunter sogar eine Anzahl Großindustrieller. Da eine Regelung der Syndikatsfrage schwierig sei und namentlich auch auf Widerstand bei Industriellen stoße, so müsse erst recht gerade diese Gelegenheit ergriffen werden, um hier beim Zolltarif wenigstens zu erreichen, was einstweilen erreichbar sei. Wie in Amerika erst ein exzeßiver Zollschutz den Kartellen und Syndikaten zu einem Machtaufschwunge verholfen hätte, so habe sich auch bei uns das Kartellwesen erst nach Verschärfung des Zollschutzes ausgedehnt. Eine besondere Gefahr schließe das Kartellwesen dadurch ein, daß es auch gegenüber den Arbeitnehmern die Macht der Arbeitgeber über die Maßen steigere. Wenn man einwende, die Enquete über das Syndikatswesen sei noch nicht abgeschlossen, so solle man doch den Zolltarif so lange ruhen lassen, bis die Regierung die Ergebnisse ihrer Enquete vorlegen könne. Er und seine Freunde wollten diesen Zolltarif überhaupt nicht zu Stande kommen lassen, da dessen Annahme nichts weniger als die richtige Lösung des jetzigen Wirrwarrs wäre. — Abg. Gamp (Reichsp.) nicht bezüglich der Kartelle auf einem ganz entgegengesetzten Standpunkt. Diese Verkaufsvereinigungen seien zumeist lediglich Kinder der Noth und als solche eine Nothwendigkeit; ihr Zweck sei ein berechtigter. Ganz besonders dienten sie auch den Schwächeren zum Schutze, denn ohne solche Vereinigungen würden die Stärkeren, die Kapitalkräftigeren und Leistungsfähigeren unter den Unternehmern sich auf Kosten der Schwächeren behaupten. Er erinnere an das Spiritus-Kartell; in diesem Industriezweige seien gerade auch durch das Kartell allein die kleineren Unternehmer, die kleineren Brenner vor dem Ruin bewahrt worden. Uebrigens gäbe es auch Trusts, gegen welche der vorliegende Antrag gar nichts helfen würde, so z. B. der Petroleum-Trust, unter dem doch unsere kaufmännischen Kreise sehr achten hätten. Auch solle man nicht übersehen, daß in der Produktion für das Ausland, z. B. mit der Forderung von Kohlen, aber deren billigere Abgabe an das Ausland man klage, doch zahllose deutsche Arbeiter ihre Beschäftigung fänden. Ausschreitungen von Syndikaten kämen ja vor, so beim Coaks- und Cement-Kartell, aber wenn letzteres einmal die Preise übertrieben in die Höhe schraube, wer hindere dann die Regierung, eine Vorlage zu machen, um den Cementzoll herabzusetzen. Dazu brauche man doch jetzt keine Bestimmungen wie die vorgeschlagenen in's Zolltarifgesetz hineinzuschreiben. — Abg. Bebel (Soz.): Herr Gamp ist konsequent; er und sein Freund Kardorff sind ja schon 1878/79 für das Bündniß zwischen Agrarierthum und Großindustrie eingetreten, weil sie einsahen, daß ohne dieses der Zolltarif nicht zu Stande gekommen wäre. Die Trusts, in denen sich das Kartell nur noch konzentrirt habe, habe zur Enteignung der kleinen Unternehmer beigetragen. Diese ganze Entwickelung werde schließlich dahin führen, daß der Staat dem nicht werde ruhig zuschauen können und daß dann die Verstaatlichung werde eintreten müssen. Redner findet es auffällig, wie Vorredner von der Last habe sprechen können, die unserer Industrie im Gegensatz zu der des Auslandes durch allgemeine Wehrpflicht, Schulpflicht und soziale Fürsorge auferlegt sei. Wisse Vorredner nicht, daß die amerikanischen Arbeiter nicht daran dächten, etwa wie das bei uns geschehe, 11, 12, 13 Stunden am Tage und darüber zu arbeiten? Die Arbeiter dächten auch gar nicht daran, zu glauben, daß es ihnen hier besser gehe, als in Amerika. Werde dieser Antrag jetzt abgelehnt, so werde bei den bevorstehenden Verhandlungen über neue Handelsverträge die Frage der Kartellpolitik und besonders auch der deutschen Kartellpolitik unbedingt mit im Vordergrund stehen. Darauf weise schon das bekannte Zirkular des russischen Finanzministers hin. — Handelsminister Möller erklärt, angesichts der schwebenden Enquete auf die Syndikatsfrage im Allgemeinen nicht eingehen zu wollen. Als irrig müsse er aber die Bebel'sche Behauptung bezeichnen, daß die Kalisalze von den betreffenden Kartellen an das Ausland billiger abgegeben würden, als an die deutschen Landwirthe. Wenn Bebel es weiter kritisirt habe, daß holländische Schuten billiger in Hamburg zu stehen gekommen sind, als auf deutschen Werften gebaute Schiffe, weil sie billigere deutsche Halbfabrikate für ihre Herstellung zur Verfügung gehabt hätten, so solle dieser Zustand gerade durch den neuen Zolltarif beseitigt werden, indem der Tarif dafür sorge, daß das Material auch für den Bau von Flußschiffen mit derselben Zollbegünstigung zugelassen werde, wie schon bisher das Material für Seeschiffe. Wenn Bebel in den Kartellen die Ursache einer erheblichen Verschärfung unserer gegenwärtigen Krisis erblickt habe, so glaube er, Redner, daß gerade die Abstoßung großer Mengen von überproduzirtem Roheisen nach England und Amerika die Krise für unsere rheinisch-westfälische Eisenindustrie sehr abgeschwächt habe. — Abg. Bäumer (nl.) führt aus, daß, wenn man überhaupt an's Ausland verkaufen wolle, dies zum Weltmarktpreise geschehen müsse, d. h. also zu billigerem Preis als im Inlande. Das geschehe überall, auch in England. Das ganze Kartellwesen sei übrigens nichts Neues, sondern bestehe schon seit etwa 115 Jahren. Daß die Inlandindustrie geschädigt werde, wenn Rohstoffe billiger an das Ausland geliefert wurden, sei richtig, aber unter Umständen nicht zu vermeiden. Hunderttausende von Arbeitern hätten nur auf diese Weise in der Zeit der Arbeitslosigkeit weiter beschäftigt werden können. Die vorliegenden Anträge seien ganz unmöglich. Wenn z. B. das Siegener Roheisen-Syndikat billiger an das Ausland liefere, als an das Inland, und wenn man dann den Zoll auf Roheisen aufheben wollte, so würden ja dann alle die anderen Roheisen-Syndikate ganz ohne ihr Verschulden schwer geschädigt. Vor dem russischen Finanzminister und seinem Erlaß über die Kartellfrage brauche man sich bei uns um so weniger zu fürchten, als sich gerade erst unter den Augen dieses Ministers ein russisches Eisenkartell gebildet habe. Wir haben überhaupt schon viel zu viel Furcht vor dem Auslande bekundet. (Beifall rechts.) Charakteristisch sei es übrigens auch, daß es in dem freihändlerischen England über 800 Syndikate gebe. Die amtliche Enquete werde viele Mißverständnisse über das Kartellwesen aus dem Wege räumen, so auch das Mißverständniß, als ob seiner Zeit die Kohlennoth von dem Kohlensyndikat verschuldet worden sei. Im Uebrigen wundert sich Redner, daß gerade von der Linken, die sonst doch so sehr für wirthschaftliche Freiheit sei, eine Syndikatsgesetzgebung mit polizeilichem Charakter empfohlen werden könne. — Abg. Brömel (freis. Vrg.): Minister Möller habe auf den Hinweis Bebel's, daß unsere heimischen Werften das deutsche Rohmaterial theuerer bezahlen müssen, als fremde Werften, geantwortet, daß diesem Uebelstande fortan abgeholfen werde und das Schiffsbaumaterial zollfrei hereingelassen werden solle. Wenn also hiernach gegenüber solcher Kartellwirthschaft Zollfreiheit das richtige Mittel sei, so müsse doch Herr Möller auch ganz einfach für den Antrag der Linken eintreten. Die 840 Vereinigungen in England, von denen Bäumer gesprochen habe, seien nur zum kleinsten Theile Kartelle. Der beste Nährboden für die Kartelle seien und blieben die Länder mit hohen Schutzzollmauern. Ablehnen könne man die beantragte Forderung nur von dem Standpunkte des Schlendrians, der keine Reformen wage, oder von dem Standpunkte des

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so versäumen Sie nicht, den Hirsch am Rauchhaus, Weberstrasse-Seeleffelstrasse, zu besuchen.